

## Gericht in New York stoppt „Soda-Ban“

Mit einer Absage in letzter Minute vor Einführung des geplanten Verbots von sogenannten XXL-Packungen bei zuckerhaltigen Getränken in New York am 12. März 2013 hatte wohl selbst Bürgermeister Michael Bloomberg nicht mehr gerechnet. Doch so überzeugt er auch von seiner Maßnahme im Kampf gegen Übergewicht schien, so kritisch sah die Mehrheit der New Yorkerinnen und New Yorker dieses Projekt als einen falschen Weg. Aber auch unabhängig davon hatten die Pläne vor dem Obersten Gerichtshof des Staates New York nach eingehender rechtlicher Prüfung keinen Bestand. Das Gericht bewertete die geplante Regelung als unausgewogen und befand sie für „willkürlich“ – und wies damit Bloomberg in die Schranken.

Die vom New Yorker Bürgermeister geplanten Maßnahmen sind im Übrigen nicht nur rechtlich, sondern vor allem verbraucherpolitisch fragwürdig. Es kann keine staatliche Aufgabe sein, den Bürgerinnen und Bürgern vorzuschreiben, was sie wann, wo und wie trinken beziehungsweise essen dürfen. Dies gilt auch für Europa – und für Deutschland.

Der Vorstoß Bloombergs zielte darauf, in öffentlichen Bereichen wie Restaurants oder Kinos die aus Sicht der Stadtverwaltung „übergroßen“ Portions-einheiten von mehr als 16 Unzen (dies entspricht etwa 0,47 Litern) für bestimmte zuckergesüßte Getränke zu verbieten. Ausgenommen werden sollten jedoch nicht nur Getränke mit weniger als 50 Kilokalorien in dieser Maßeinheit – sondern auch generell und unabhängig von ihrem Kaloriengehalt Fruchtsäfte und Milchgetränke. Besonders erstaunlich war die Per-Se-Ausnahme für alkoholische Getränke, die bekanntlich ebenfalls kalorienhaltig sind. Und nicht zuletzt waren auch für Lebensmittel mit ähnlichem oder höherem Energiegehalt keine vergleichbaren Portionsbegrenzungen angedacht. Dies zeigt, wie unstimmig und tatsächlich willkürlich diese Pläne ausgelegt waren.

Händler und Getränkehersteller liefen deshalb in den letzten Monaten in New York zu Recht Sturm gegen die dortigen Pläne. Deren inkonsequente Ausgestaltung hat das zuständige New Yorker Gericht zutreffend als einseitige Diskriminierung im Wettbewerb und als staatliche Bevormundung angesehen. Auch deshalb kann die Initiative nicht als eine sinnvolle und tragbare Maßnahme im Kampf gegen Übergewicht bewertet werden.

Zu einer freiheitlichen Gesellschaft gehört, dass Verbraucherinnen und Verbraucher selbst entscheiden können, was sie essen und trinken möchten. Zuckergesüßte Getränke können Bestandteil einer ausgewogenen Ernährung sein. Zentraler Faktor bei der Bekämpfung und Vermeidung von Übergewicht ist die Balance von Kalorienaufnahme und Kalorienverbrauch. Hierfür Bewusstsein zu schaffen und Verbraucher zu befähigen, ihre Ernährung bewusst und ausgewogen zusammenzustellen und auf ausreichende Bewegung im Alltag zu achten, muss das vordringliche Aufklärungs- und Bildungsziel von Politik und Gesellschaft sein.

Unsere Branche nimmt ihre Verantwortung an und setzt auf gemeinsame Projekte und Initiativen, um mit Partnern wie etwa der Plattform Ernährung und Bewegung, der Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam an langfristigen und nachhaltigen Lösungsstrategien zu arbeiten. Daneben hat unsere Branche in den letzten Jahren konsequent ein vielfältiges Angebot von Produkten entwickelt. Die Verbraucherinnen und Verbraucher können heute aus einer breiten Palette kalorienfreier und kalorienreduzierter Getränke wählen, die den unterschiedlichsten Lebensstilen und Bedürfnissen gerecht wird. Information, Innovation und Vielfalt im Angebot sind der Weg, von dem wir überzeugt sind, dass er nachhaltig erfolgreich sein kann – Verbote, Einschränkung und Bevormundung gehören nicht dazu.



Patrick Kammerer  
Präsident Wirtschafts-  
vereinigung Alkoholfreie  
Getränke e.V. (wafg)

## Abfallrechtliche Anzeigepflichten – wafg sieht Klärungsbedarf für Getränkeverpackungen

Die wafg hat in einer Position das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) kritisch auf einige branchenrelevante Aspekte im Arbeitsentwurf für eine Verordnung zur Erweiterung abfallrechtlicher Anzeigepflichten hingewiesen. Im Mittelpunkt stehen dabei konkrete Fragen zur Rückführung leerer (Einweg-)Getränkeverpackungen, die nach den Plänen des BMU eventuell dieser neuen Anzeigepflicht unterworfen sein könnten.

Mit Blick auf die in der wafg-Position dargelegten Argumente sieht der Verband hier ebenso wie die Deutsche Pfandsystem GmbH (DPG) drohende unverhältnismäßige Belastungen bzw. den Aufbau neuer bürokratischer Strukturen, ohne dass hierbei erkennbar wäre, welche Vorteile damit für die öffentlichen Ziele verbunden wären. Die wafg und DPG plädieren daher für eine entsprechende Bereichsausnahme, die sich nach ihrem Verständnis auch aus der umzusetzenden EU-Richtlinie begründen lässt (siehe [www.wafg.de/pdf/wafg/Abfallueberwachung](http://www.wafg.de/pdf/wafg/Abfallueberwachung)).

## Kostenfreie Nachhaltigkeits-Workshops für KMUs im Juni 2013

Die international tätige Organisation „Fairfood International“ setzt seit Anfang des Jahres das von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderte Projekt „Wege zur Nachhaltigkeit“ um. Das Projekt verfolgt das Ziel, insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) der Lebensmittelindustrie über das Thema Nachhaltigkeit zu informieren und im Nachhaltigkeitsmanagement zu qualifizieren.

Im Rahmen des Projektes werden individuelle Bedürfnisse der einzelnen Unternehmen zum Thema Nachhaltigkeit identifiziert und berücksichtigt. Hierzu werden bundesweit drei Workshops

### Kontakt:

Wirtschaftsvereinigung  
Alkoholfreie Getränke e.V.

Telefon: +49 (0) 30/25 92 58-0

E-Mail: [mail@wafg.de](mailto:mail@wafg.de)

Internet: [www.wafg.de](http://www.wafg.de)

angeboten, die KMU dabei helfen sollen, für sich tragfähige nachhaltige Lösungen praktisch umzusetzen.

Aktuell können sich interessierte Teilnehmer für die Workshops anmelden. Diese finden am 6. Juni 2013 in Frankfurt a.M., am 13. Juni 2013 in Hannover und am 20. Juni 2013 in München statt. Inhalte und Diskussionen bleiben vertraulich.

Die Teilnahme an den Workshops und Arbeitskreisen ist kostenlos. Weitere Informationen sind abrufbar über die Projektwebsite <http://www.fairfood.org/wege-zur-nachhaltigkeit/>.

### Agentur-Bericht zu Energydrinks bedarf der Einordnung

Im Auftrag der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat im März 2013 das in Italien ansässige Beratungsunternehmen Consortium Normisma-Areté einen Bericht zum Konsum von Energydrinks in der Europäischen Union (EU) veröffentlicht. Das bereits 2011 beauftragte Projekt trägt den Titel „Gathering consumption data on specific consumer groups of energy drinks“.

Eine Zielsetzung war hierbei, insbesondere den Konsum von Energydrinks in spezifischen Bevölkerungsgruppen zu erfassen. Diese Untersuchung, die sich maßgeblich auf Meinungsumfragen zu stützen scheint, stellt – was der eindeutigen Klarstellung bedarf – deshalb insbesondere kein wissenschaftliches Gutachten dar und ist auch keine direkte Bewertung durch die EFSA.

Deshalb bedürfen einzelne Ausführungen dieser Publikation sicher noch der vertieften Analyse. Allerdings bestätigen – was positiv herauszustellen ist – die hier vorgelegten Daten nach Einschätzung der EFSA die 2009 in ihrem wissenschaftlichen Gutachten zur Sicherheit von Taurin und Glucuronolacton herangezogenen Faktoren.

Nach Einschätzung der wafg bedarf der Bericht darüber hinaus aber noch einmal der Überprüfung mit Blick auf die hier angenommene Datengrundlage zum Konsum von Energydrinks und bestimmten Inhaltsstoffen (wie Koffein, Glucuronolacton und Taurin). Zumindest für Deutschland zeigen die der wafg vorliegenden offiziellen Daten zum Pro-Kopf-Verbrauch einen noch deutlich geringeren Konsum von Energydrinks. Dies würde sogar noch eine geringere Aufnahme der oben genannt-

ten Stoffe bedeuten – und die dargelegte Einschätzung der EFSA noch weitergehend untermauern.

### Forschungsprojekte zu Nanomaterialien – Bundesbehörden ziehen erste Bilanz

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA), das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) sowie das Umweltbundesamt (UBA) haben unter Einbindung der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) und der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) im Jahr 2007 eine nationale Forschungsstrategie für Nanomaterialien aufgestellt.

Mit gebündelten Ressourcen sollen in diesem Rahmen offene Fragen zur Nanotechnologie beantwortet, ihre Chancen und Risiken bewertet und

damit eine Grundlage für tragfähige Politikberatung und praxismgerechte Lösungen geschaffen werden.

Im März 2013 haben die angeführten Bundesbehörden nunmehr eine erste Bilanz zu diesem Projekt vorgelegt. Darin werden 85 Forschungsprojekte vorgestellt, die durch die Forschungsstrategie angestoßen oder begleitet wurden. Erfolge stellen die Behörden unter anderem bei der Entwicklung von Mess- und Testverfahren, der Ermittlung von Belastungen für Mensch und Umwelt sowie der Bewertung von Risiken fest.

Im Rahmen weiterer Forschung sollen nunmehr gebündelte Forschungskonzepte entwickelt werden, um auf diesem Weg aufwendige Einzeluntersuchungen einer Vielzahl von einzelnen Nanomaterialien vermeiden zu können und dennoch belastbare Aussagen zum Schutz von Beschäftigten, Verbrauchern und Umwelt zu ermöglichen.

### wafg-Frühjahrsmeeting 2013 am 4. Juni 2013 in Berlin

Am 4. Juni 2013 begeht die Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke e.V. (wafg) ihr traditionelles Frühjahrsmeeting in der Landesvertretung Niedersachsen in Berlin.

Anlässlich ihres 130-jährigen Verbandsjubiläums lädt die wafg zum Dialogforum rund um die Themen „**Tradition – Innovation – Nachhaltigkeit**“. Ein hochkarätiges Programm fokussiert dabei wichtige Themen für die Branche:

- ab 10.00 Uhr Registrierung
- 11.00 Uhr Begrüßung und Einführung – *Patrick Kammerer*, wafg-Präsident  
**„Wirtschaft und Regulierung – wie viel Staat darf es denn sein?“**  
Impuls-Vortrag von *Sigmar Gabriel*, MdB, Vorsitzender der SPD  
anschließende Diskussion moderiert durch *Hans-Ulrich Jörges*, Chefredaktion STERN
- 12.00 Uhr Mittagsbuffet
- 13.00 Uhr **Podium: „Wohin steuert die Verbraucherpolitik?“**  
mit *Mechthild Heil*, MdB (CDU/CSU-Fraktion), *Karin Binder*, MdB (Fraktion Die Linke); *Elvira Drobinski-Weiß*, MdB (SPD-Fraktion), *Prof. Dr. Erik Schweickert*, MdB (FDP-Fraktion), *Nicole Maisch*, MdB (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) mit Publikumsdiskussion
- 14.00 Uhr **„Ressourceneffizienz, Ökobilanzen von Getränkeverpackungen, Fracking“** Ein Werkstattgespräch und Diskussion mit dem Bundesumweltministerium.  
*Dr. Helge Wendenburg*, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
- 14.45 Uhr Zusammenfassung und Schlusswort durch Patrick Kammerer

Fragen zur möglichen Teilnahme können interessierte Unternehmen gerne an [mail@wafg.de](mailto:mail@wafg.de) richten.